

Ausbildungsbonus ersetzt nicht die Umlage!

von Franziska Drohse

» Die Bundesregierung hat eine Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ auf den Weg gebracht. Die alt bekannte Analyse heißt: wer arm ist in Deutschland, bleibt arm an Bildung. Bildung darf nicht von der familiären Herkunft eines Kindes abhängen und dennoch ist bekannt, dass genau dies in Deutschland noch immer der Fall ist. Man ist erfreut darüber, dass die Bundesregierung der mangelnden sozialen Durchlässigkeit unseres Bildungssystem entgegenwirken möchte, wundert sich jedoch über den mehr oder minder bunt zusammen gewürfelten Haufen von Maßnahmen.

Eine Maßnahme davon ist der Ausbildungsbonus. Dem Umstand, dass jedes Jahr im Herbst zehntausende von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz da stehen, möchte die Bundesregierung jetzt mit einem Ausbildungsbonus begegnen: Für jeden Ausbildungsplatz für einen so genannten Altbewerber, wird der Ausbildungsbetrieb mit einem Zuschuss von 4.000 bis 6.000 Euro belohnt. Dabei handelt es sich um einen Einmalbonus, den Betriebe für die Einstellung von Jugendlichen erhalten, der höchstens einen Realschulabschluss vorweisen kann, sich bereits im zurückliegenden Jahr erfolglos um einen Ausbildungsplatz beworben hat oder durch eine Lernbehinderung benachteiligt ist. Damit verbunden ist die Hoffnung, 90.000 neue Lehrstellen zu schaffen.

Erfreulich ist die Erkenntnis der Bundesregierung, dass der Ausbildungspakt nicht in der Lage ist, die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt zu lösen. Enttäuschend ist, dass der Ausbildungsbonus nur einen Tropfen auf den heißen Stein sein

kann, wenn Jahr für Jahr tausende Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden. Im Oktober waren noch immer knapp 30.000 Jugendliche ohne betrieblichen Ausbildungsplatz. Auch im Jahr 2007 ist die Wirtschaft weit hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben. Von den 48.600 zusätzlichen Ausbildungsverträgen sind im Westen gerade mal 20.000 auf der betrieblichen Seite zu verbuchen. Im Osten ist es mit einem Plus von 0,9 % bei den Ausbildungsplätzen auf der betrieblichen Seite noch weniger. Das Recht auf Bildung und einen zukunftsfähigen Ausbildungsplatz darf niemandem genommen werden. Deshalb ist es zunächst begrüßenswert, wenn zukünftig Unternehmen belohnt werden sollen, die ihrer Verpflichtung zur Ausbildung nachkommen.

» Konsequenter wäre es jedoch, wenn der Ausbildungsbonus nicht aus der Arbeitslosenversicherung finanziert werden würde, sondern Unternehmen die Finanzierung übernehmen, welche entsprechend ihres Umfangs nicht ausreichend ausbilden. Es ist an der Zeit, dass Unternehmen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung in entsprechendem Ausmaß gerecht werden. In diesem Fall müsste das Programm dann auch nicht auf die so genannten Altbewerber beschränkt bleiben, sondern könnte den ganzen Ausbildungsmarkt in den Fokus nehmen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Ausbildungsbonus zwar in die richtige Richtung weist, die Ausbildungsplatzumlage allerdings das konsequentere und bessere Instrument wäre und als politisches Ziel für die SPD-Linken auf der Agenda bleiben muss. ■



↳ Franziska Drohse, ist Juso-Bundesvorsitzende und lebt in Berlin.

Foto: © Christian Plambeck